

Antrag

der Abgeordneten Dr. Michael Kaufmann, Nicole Höchst, Dr. Götz Frömming, Dr. Marc Jongen, Norbert Kleinwächter, Barbara Lenk, Matthias Moosdorf, Martin Reichardt, Martin Sichert, Dr. Christina Baum, Thomas Dietz, Jörg Schneider, Kay-Uwe Ziegler, Carolin Bachmann, Andreas Bleck, Gereon Bollmann, Jürgen Braun, Frank Rinck und der Fraktion der AfD

Gesundheitliche Auswirkungen hochfrequenter elektromagnetischer Felder erforschen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Hochfrequente elektromagnetische Felder (HF-EMF) durchdringen in zunehmendem Maße alle Bereiche des menschlichen Lebens. Infolge der Ausweitung des Mobilfunks und rasant fortschreitender technischer Entwicklungen ist auch in Zukunft mit einer weiter wachsenden Exposition der Bevölkerung durch HF-EMF zu rechnen.

Wie aus dem jüngst vorgelegten Arbeitsbericht des Büros für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag (TAB) „Mögliche gesundheitliche Auswirkungen verschiedener Frequenzbereiche elektromagnetischer Felder (HF-EMF)“ (Bundestagsdrucksache 20/5646) hervorgeht, blieb die Erforschung potenzieller Risiken dieser Felder bislang unzulänglich. Trotz einer Fülle von Publikationen zum Thema fehlen ausreichend aussagekräftige wissenschaftliche Studien, besonders im Langzeitbereich. Im Falle des relativ jungen Mobilfunkstandards 5G liegen ohnehin noch keine belastbaren Erkenntnisse vor.

Auch der kürzlich erschienene „Zehnte Bericht der Bundesregierung über die Forschungsergebnisse in Bezug auf die Emissionsminderungsmöglichkeiten der gesamten Mobilfunktechnologie und in Bezug auf gesundheitliche Auswirkungen“ (Zehnter Emissionsminderungsbericht, Bundestagsdrucksache 20/5600) weist auf erheblichen weiteren Forschungsbedarf hin (vgl. ebd., S. 4 f., S. 8 f., S. 12).

Anlass zur Besorgnis geben immer noch zwei großangelegte Tierstudien aus den USA und Italien, die unabhängig voneinander Tumorbildungen bei bestrahlten Ratten feststellten (oben genannter TAB-Bericht, S. 144 ff.). Freilich bleibt unklar, inwieweit sich diese Ergebnisse auf den Menschen übertragen lassen. Auch herrscht Dissens unter Wissenschaftlern, wie die vorhandenen Studien zu interpretieren sind. Einige fordern, die vom Internationalen Krebsforschungszentrum IARC vorgenommene Einstufung der HF-EMF von „möglicherweise krebserregend“ auf „krebserregend“ zu ändern (ebd., S. 144).

Andere Studien schließen nicht aus, dass HF-EMF auch Ursache für weitere gesundheitliche Beeinträchtigungen sein könnten. Dazu zählen unter anderem neurodegenerative Erkrankungen und Einflüsse auf kognitive Funktionen. Auch ist unklar, ob Kinder und Jugendliche stärker betroffen sind (ebd., S. 142 f.).

Wenngleich der mithilfe HF-EMF erzielte technische Fortschritt die Möglichkeiten von Information und Kommunikation enorm erweitert hat, so sollten zum Schutz der Menschen auch mögliche gesundheitliche Risiken genauer erforscht, die Grenzwerte tolerabler Exposition überprüft und Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung ergriffen werden. Es wäre unverantwortlich, den Umgang mit HF-EMF-Technologien dem Selbstlauf zu überlassen.

Zur notwendigen Forschungsförderung führt der genannte TAB-Bericht aus, „dass die in Deutschland im Zuge des DMF [Deutsches Mobilfunk Forschungsprogramm] und seiner Nachfolgeaktivitäten aufgebauten zum Teil hochspezialisierten Forschungskapazitäten und -kompetenzen ohne eine kontinuierliche Mittelausstattung nicht aufrechterhalten werden können. Trocknet die EMF-Forschungscommunity in Deutschland aus, müssten möglicherweise zu einem späte(re)n Zeitpunkt lancierte Projekte bspw. zu den gesundheitlichen Auswirkungen der neuen 5G-Technologien ins Ausland vergeben werden.“ (S. 14 f.)

Die im TAB-Bericht erarbeiteten Desiderata stellen eine geeignete Grundlage für die folgenden Forderungen an die Bundesregierung dar.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. durch die Projektförderung des Bundes die Forschung zu möglichen gesundheitlichen Auswirkungen hochfrequenter elektromagnetischer Felder (HF-EFM), wie sie im Mobilfunk Anwendung finden, in Koordination durch die Strahlenschutzkommission erheblich auszubauen, um zu klären, inwieweit und unterhalb welcher Grenzwerte kanzerogene Wirkungen und andere gesundheitliche Schäden beim Menschen auszuschließen sind;
2. ein Institut, das auf Technikfolgenabschätzung spezialisiert ist, zu beauftragen, die internationale Forschung zu gesundheitlichen Auswirkungen von HF-EMF fortlaufend zu beobachten und auszuwerten;
3. aufgrund der jeweils vorliegenden Forschungsergebnisse die Grenzwerte für HF-EMF-Exposition gegebenenfalls anzupassen, technische Möglichkeiten zur Verringerung dieser Exposition zu fördern und die Bevölkerung umfassend über mögliche Risiken und deren Vermeidung zu informieren.

Berlin, den 25. April 2023

Dr. Alice Weidel, Tino Chrupalla und Fraktion